

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Martin Ehlers

Bürgermeisterin Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Christina Heide

Beigeordneter Howard Jacques

Ratsmitglied Gesche Marxfeld

Beigeordneter Jörg Mündenwarf

Bürgermeister Uwe Reese

Ratsmitglied Detlef Schön

Ratsmitglied Sebastian Seidel

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Petra Stomberg

Ratsmitglied Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Christian Ressel

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied AfW-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriße

Ratsmitglied Irina Moriße-Kappes

Mitglied Die Linke

Ratsmitglied Florian Wiese

Mitglied Freie Wähler

Ratsmitglied Andreas Lang

Dezernenten

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung

Leitung Referat 4 - Referat für Personal und Organisation Jens Müll

Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-Fiedelak

Leitung Referat 6 - Referat für Jugend, Familie, Sport und Bildung Carsten Feist

Fachbereichsleitung 14 Heike Hanseemann

Fachbereichsleitung 20 Jörg Valnion

Stellv. Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination/Pressesprecherin Julia Muth

Fachbereich Finanzen Tanja Harnisch

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH

Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers

Protokollführer

Protokollführer Jan Bönisch

als Gast

Rechtsanwalt der Kanzlei ENDEMANN.SCHMIDT Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB
Dr. Harald Endemann

Geschäftsführerin der wetreu NTRG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/ Steuerberatungsgesellschaft Dörte Reese

Dipl.-Betriebswirtin (FH) der wetreu NTRG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/ Steuerberatungsgesellschaft Stefanie Mayrhauser

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Michael von den Berg

Ratsmitglied Helga Weinstock

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 14

B. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 15

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

4	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
5.1	Bestimmung des stellvertretenden Gemeindewahlleiters	207/2017
5.2	Antrag der SPD-Fraktion: "Stopp des Planfeststellungsverfahrens zum Durchbau der Friedenstraße"	526/2017
6.1.1	Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und Entlastung des Betriebsleiters Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK-Eigenbetrieb)	155/2017
6.1.2	Grundsatzbeschluss zum Neubau des Klinikums Wilhelmshaven	180/2017
6.1.3	1. Nachtragswirtschaftsplan 2017 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH	181/2017
6.1.4	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	204/2017
7	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
8	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Becker informierte, die **Beschlussvorlage 207/2017 (Tagesordnungspunkt 5.1)** werde von der Verwaltung **zurückgezogen**.

Herr Walpurgis beantragte, dass jedes Ratsmitglied zum Tagesordnungspunkt 6.1.2 „Grundsatzbeschluss zum Neubau des Klinikums Wilhelmshaven“ mindestens zweimal sprechen dürfe und die Redezeit jedes Ratsmitgliedes auf insgesamt sieben Minuten pro Wortbeitrag erweitert werde.

Herr Stoffers wies darauf hin, dass die Geschäftsordnung durch eine 2/3 – Mehrheit geändert werden könne.

Der **Antrag** von Herrn Walpurgis wurde bei 12 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der geänderten Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
[Beigeordneter Hellwig]5.1 Bestimmung des stellvertretenden Gemeindewahlleiters**207/2017**

Die Vorlage wird von der Verwaltung zurückgezogen.

5.2 Antrag der SPD-Fraktion: "Stopp des Planfeststellungsverfahrens
zum Durchbau der Friedenstraße"**526/2017**

Herr Jacques trug den Antrag der SPD-Fraktion vor.

Oberbürgermeister Wagner beantragte die Zurückverweisung des Antrages in den Ausschuss für Planen und Bauen.

Dem Antrag auf Zurückverweisung in den Ausschuss für Planen und Bauen wurde bei 17 Gegenstimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich zugestimmt**.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat6.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)6.1.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und Entlastung des
Betriebsleiters Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken
und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven
(RNK-Eigenbetrieb)**155/2017**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 19.06.2017 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Gegenstimme und 7 Enthaltungen)

1. Der Jahresabschluss 2016 wird mit einem Jahresüberschuss von 1.163.703,93 € festgestellt. Das Ergebnis wird auf neue Rechnung vorgetragen.
2. Dem Betriebsleiter wird Entlastung erteilt.

6.1.2 Grundsatzbeschluss zum Neubau des Klinikums Wilhelmshaven**180/2017**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 19.06.2017 vor und beantragte eine **namentliche Abstimmung**, wie sie bereits im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft durchgeführt worden sei.

Oberbürgermeister Wagner äußerte, dass sich die Verwaltung seit über vier Jahren mit der Weichenstellung für die Zukunft des Klinikums beschäftige. Mit dem Zusammenschluss des Reinhard-Nieter-Krankenhauses (RNK) und des ehemaligen St.-Willehad-Hospitals wurde im Jahr 2014 die erste wegweisende Entscheidung getroffen, die Voraussetzung für den Erhalt des Zuschusses i.H.v. 99 Mio. € vom Land Niedersachsen sei.

Die Immobilie des RNK sei veraltet und es bestehe ein großer Sanierungsstau. Eine Modernisierung im Bestand wäre mit hohen Kosten und einem Anbau verbunden. Die Arbeitswege der Mitarbeiter und die Transportwege der Patienten würden zudem mit einer Modernisierung nicht verbessert werden. Oberbürgermeister Wagner wies zudem darauf hin, dass eine Vertagung mit hohen Kosten verbunden sei und sich der Zeitplan für vorbereitende Maßnahmen zum Neubau verzögern würde.

Herr Dr. Endemann trug seine juristische Bewertung zum Neubau eines Krankenhauses vor und betonte, dass nur strukturelle Maßnahmen vom Land Niedersachsen gefördert würden.

Herr Leinert informierte anschließend über die Kostenvalidierung zum Neubau des Klinikum Wilhelmshavens.

Frau Reese präsentierte die Ergebnisse des Private Investor Test.

Auf Anfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Herr Dr. Endemann**, dass auf der Internetseite des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu lesen sei, dass im Rahmen der Krankenhausinvestitionsförderung keine reinen Sanierungsmaßnahmen gefördert würden.

Die Fördervoraussetzungen spiegeln § 4 des Gesetzes über das Sondervermögen zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung in Niedersachsen wider.

Der Risikoaufschlag von ca. 16 % gemäß der Empfehlung der Drees & Sommer Projektmanagement und bautechnische Beratung GmbH befände sich zudem im Rahmen. Herr Dr. Endemann erklärte, dass im Zuge einer Privatisierung die Arbeitsverträge der Mitarbeiter des Klinikums nicht automatisch übergehen würden.

Herr Keil ergänzte, dass mit dem Risikoaufschlag i.H.v. 16 Prozent das Worst-Case-Szenario abgedeckt werden sollte und das Risiko immer vom Markt hänge.

Herr Dr. von Teichman bat Frau Reese um Auskunft, wie ein Aufschwung ab dem Jahr 2018 trotz des Beginns der Bauarbeiten zum Klinikumneubau möglich sei und wie die Aufnahme mehrerer kurzfristiger Darlehen zu bewerten sei, obwohl die Klinikum gGmbH rote Zahlen schreibe und ein langfristiges Darlehen zurückzahlen müsse.

Frau Reese führte aus, dass der Eigenanteil der Stadt Wilhelmshaven mit der Darlehensaufnahme möglichst auf einen längeren Zeitraum gestreckt werden sollte, insbesondere in den Jahren 2023 und 2024 schlagen die Tilgungsleistungen hoch zu Buche. Die Deckung der kurzfristigen Liquiditätslücke stuft sie zudem nicht als kritisch ein.

Auf die Frage von **Herrn Ehlers**, ob bei einer Tilgungsdauer von 30 Jahren mit einem positiven Cashflow zu rechnen sei, erklärte **Frau Reese**, dass die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH voraussichtlich bis 2019 und ab 2025 einen positiven Zahlungsmittelbestand haben würde, sodass die kurzfristigen Darlehen zurückgezahlt werden könnten.

Herr Keil ergänzte, dass die Tilgung im Jahr 2023 über 5 Mio. € betrage. Es sei davon auszugehen, dass Zins und Tilgung gedeckt werden könnten.

Herr Walpurgis räumte ein, dass die Umsatzerlöse bis zum Jahr 2024 von 102 auf 130 Mio. € steigen und die Personalaufwandsquote von 71,6 auf 66,2 Prozent sinke. Er befürchte aber, dass die Umsatzerlössteigerung zulasten der Mitarbeiter erfolge.

Herr Keil erklärte daraufhin, dass bei einer Gewinnerzielung, diese in das Personal des Klinikums investiert würde. Die durchschnittliche Steigerung der Umsatzerlöse i.H.v. 3 Prozent würde außerdem im Normbereich liegen.

Herr Valnion erläuterte, dass die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH möglicherweise eine Zwischenfinanzierung i.H.v. 3,9 Mio. € durchführen müsse. Die Liquidität sei derzeit aber sehr gut und mit 6 Mio. € bezifferbar. Von daher müssten voraussichtlich bis zur Fertigstellung des Neubaus keine Liquiditätskredite aufgenommen werden.

Herr Dr. von Teichman sah einen Widerspruch zu den Aussagen von Frau Reese und Herrn Valnion. Frau Reese wiederholte ihre Einschätzung, dass sie die Liquiditätslücke nicht als kritisch erachte.

Die Sitzung wurde für eine **Pause von 17.55 Uhr bis 18.10 Uhr** unterbrochen.

Herr Dr. von Teichman brachte folgenden **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** ein:

„Der Rat möge beschließen:

- 1. Der Beschluss über die o.g. Vorlage wird vertagt.*
- 2. Vertreter des Helios-Klinikums Hildesheim und Nordenham sowie Vertreter des Klinikums Siloah werden nach Wilhelmshaven eingeladen und tragen in öffentlicher Sitzung dem Rat vor.*
- 3. Es wird eine Betriebsversammlung des Klinikums organisiert, wo insbesondere der Betriebsratsvorsitzende des Helios-Klinikums Hildesheim vorträgt (sinnvollerweise am selben Tag wie im Rat).“*

Herr Prof. Dr. Preuß sprach sich gegen eine Vertagung aus. Die Thematik sei ausgiebig behandelt worden.

Herr Ressel vertrat die Auffassung, dass man den Ratsmitgliedern zwar viele Informationen habe zukommen lassen, es sich jedoch lediglich um einseitige Informationen handele. Es mangle insgesamt an Erfahrungsberichten über abgeschlossene Projekte dieser Größenordnung in kommunaler sowie in privater Hand.

Der **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** wurde bei 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Walpurgis trug anschließend folgenden **Änderungsantrag von UWG und Bündnis'90/Die Grünen** vor:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Abstimmung über eine dritte Alternative:

Alternative 3:

Der geplante Neubau des Klinikums Wilhelmshaven wird kurzfristig gestoppt. Es werden unverzüglich Gespräche zwischen dem Klinikum WHV, den Friesland-Kliniken sowie weiteren Kliniken im Bereich zwischen Weser und Ems (Emden und Aurich u.a.) eingeleitet.

Die Verwaltung und die Klinikleitung sollen prüfen, ob der Zusammenschluss mit umliegenden Kliniken möglich ist. Weiter sind Gespräche mit dem Sozialministerium zu führen, die klären sollen, ob und wie ein neuer kommunaler Klinikverbund unterstützt würde und ob der Klinikneubau in Wilhelmshaven eingebunden werden könnte.

Sollte der Änderungsantrag so beschlossen werden, ist es an der Verwaltung, die Begründung der Vorlage redaktionell und inhaltlich anzupassen.“

Er erinnerte an die Diskussionen im Jahr 2012 und 2013 über die Fusion des Reinhard-Nieter-Krankenhauses und des St.-Willehad-Hospitals, bei denen die Baukosten mit insgesamt 100 Mio. € beziffert wurden und die Fördersumme vom Land bei 65 Mio. € lag. Die Gruppe GrünUnabhängigSozial plädiere nicht für eine Privatisierung, aber sie befürchte, dass die kalkulierte Summe für einen Neubau nicht ausreichend sei und das Krankenhaus irgendwann in private Hände fallen werde. Er fordere hier einen Bürgerentscheid.

Oberbürgermeister Wagner betonte, dass ein Stopp des Klinikumneubaus weitreichende Folgen für die Stadt Wilhelmshaven hätte. Zum einen würden Gespräche mit den geschätzten 15 Kliniken über fünf bis sechs Jahre andauern und zum anderen sei die Fördersumme i.H.v. 99 Mio. € hinfällig.

Herr Dr. Endemann appellierte an die Ratsmitglieder, den Fördermittelbescheid aus juristischer Sicht nicht zu gefährden.

Ratsvorsitzender Becker äußerte, dass die WBV für einen Neubau sei und dies auch aus dem Wahlprogramm der vergangenen Kommunalwahl hervorgehen würde.

Herr Lang vertrat die Auffassung, dass ein Klinikumneubau die Stadt sowohl finanziell als auch personell überfordern werde. Das Projekt zum Neubau des Klinikums Siloah wurde beispielsweise von einer vierköpfigen Expertengruppe begleitet. Er unterstütze den Antrag von UWG und Bündnis'90/Die Grünen.

Herr Dr. Dr. Klinke-Mibert wies darauf hin, dass eine Vertagung u.a. Verzögerungen hinsichtlich des Baubeginns zur Folge hätte.

Der **Änderungsantrag von UWG und Bündnis '90/Die Grünen** wurde bei 10 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Dr. von Teichman vertrat die Auffassung, dass die Daten zum Neubau des Klinikums nicht kritisch überprüft worden seien. Das Klinikum schreibe seit dem Jahr 2006 rote Zahlen. Er erwarte, dass die Zinsen und das Darlehen nicht gezahlt werden könnten. Der Rat habe dem Klinikum bereits im Jahr 2015 Planungskosten i.H.v. 5 Mio. € zur Verfügung gestellt und die vorbereitenden Maßnahmen zum Klinikumneubau hätten zu einem früheren Zeitpunkt durchgeführt werden können.

Oberbürgermeister Wagner wies darauf hin, dass die Verwaltung lediglich auf den Förderbescheid aus Hannover warte.

Herr Walpurgis brachte einen **weiteren Änderungsantrag von UWG und Bündnis '90/Die Grünen** ein:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt folgende Änderung in der Alternative 1:

Hier: Ergänzung des vorliegenden Textes

Kooperation mit kommunalen Krankenhausträgern in der Region

1. Die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven wird mit den Landkreisen und kreisfreien Städten der Region und auch darüber hinaus Gespräche führen. Dabei soll die Verwaltung prüfen, ob der Zusammenschluss oder eine anderweitige Kooperation mit umliegenden Kliniken möglich ist. Folgende Krankenhäuser/Träger sind zwingend zu beteiligen: Klinikum WHV, Friesland-Kliniken sowie die Kliniken der Städte Emden und Aurich.

*Weiter sind Gespräche mit dem Nds. Sozialministerium zu führen, die klären sollen, ob ein neuer kommunaler Klinikverbund unterstützt würde und ob und wie der Klinikneubau in Wilhelmshaven eingebunden werden könnte. Die Klinikleitung und die Vertreter*innen des Eigenbetriebs RNK und der Aufsichtsrat des Klinikums WHV sind zu beteiligen.*

Sollte der Änderungsantrag so beschlossen werden, ist es an der Verwaltung, die Begründung der Vorlage redaktionell und inhaltlich anzupassen.“

Er erinnerte daran, dass sich die Chefarzte in den vergangenen Jahren Herrn Germeroth als Geschäftsführer des Klinikums wünschten und sich für einen Krankenhausverbund aussprachen. Leider hätten die Gespräche hier zu keinem Erfolg geführt.

Oberbürgermeister Wagner machte deutlich, dass bei derartigen Projekten Gründlichkeit vor Geschwindigkeit gelte. Alle Projekte der Stadt Wilhelmshaven waren in den letzten fünf Jahren größtenteils günstiger als in der Planung. Zudem spiegele der Risikoaufschlag i.H.v. 24 Mio. € bereits das nach heutigem Kenntnisstand zu kalkulierende Worst-Case-Szenario wider.

Frau Glaser kritisierte, dass der Antrag von UWG und Bündnis '90/Die Grünen schon längst hätte eingereicht werden können. Zudem würden die Kliniken in einigen Bereichen bereits kooperieren.

Frau Breuer erklärte, sie werde den Änderungsantrag ablehnen.

Der von Herrn Walpurgis eingebrachte **Änderungsantrag für UWG und Bündnis '90/Die Grünen** wurde bei 7 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Herr Moriße sprach sich gegen eine Privatisierung aus. Diese könnte grundsätzlich Preiserhöhungen und einen Stellenabbau zur Folge haben.

Herr Jacques äußerte, die SPD-Fraktion sei für den Neubau eines Krankenhauses in kommunaler Hand. Er beantragte eine getrennte Abstimmung zu den Alternativen 1 und 2 der Beschlussvorlage, woraufhin **Ratsvorsitzender Becker** darauf verwies, dass eine Abstimmung über Alternative 2 entbehrlich sei, sofern der Alternative 1 zugestimmt werde.

Herr Hellwig stellte die Wichtigkeit einer optimalen Gesundheitsversorgung der Bürger in den Vordergrund. Er berichtete, dass seit 2012 ca. 30. Mio. € für Verlustausgleiche, den Ankauf des St.-Willehad-Hospitals und für Planungskosten ausgegeben wurden.

Herr Ehlers erklärte, er werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Er sei zwar grundsätzlich für einen Neubau in kommunaler Hand, äußerte aber Zweifel an der Kalkulation der Baukosten. Zudem glaube er nicht, dass die Zinsen aufgrund der Kreditaufnahme auch tatsächlich gezahlt werden könnten. Weiterhin könnte ein unausgeglichener Haushalt im Jahr 2019 eine Diskussion über eine Privatisierung entfachen.

Herr Tönjes trug folgenden **Änderungsantrag** der „Die PARTEI“ vor:

„Die Beschlussvorlage wird um folgende Punkte erweitert. Die Punkte sind aufgrund ihrer Eigenschaft der aufschiebenden Wirkung vor den bisherigen Punkten einzufügen.

- 1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt für ein Moratorium zum Klinikneubau bis ein Bürgerentscheid gemäß § 33 NKomVG vorliegt. Bis zu diesem Entscheid werden keine weiteren Maßnahmen ergriffen, die einen Neubau bevorzugen würden. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Entscheid vorzubereiten und durchzuführen.*
- 2. Stimmt der Rat der Stadt Wilhelmshaven gegen Punkt 1, so tritt ein Moratorium zum Klinikneubau in Kraft, um die Variante eines Klinikschiffes zu prüfen. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, mit entsprechenden Werften ein solches Projekt zu erarbeiten und dem Rat vorzustellen, damit es als weitere Variante zur Abstimmung gebracht werden kann.“*

Oberbürgermeister Wagner betonte, dass für die Anschaffung des günstigsten Kreuzfahrtschiffes Mittel i.H.v. mindestens 200 Mio. Euro aufgebracht werden müssten.

Der **Änderungsantrag zu Punkt 1** wurde bei 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**. Der **Änderungsantrag zu Punkt 2** wurde bei 1 Ja-Stimme und 4 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Frau Breuer äußerte, dass viele Informationen zu diesem Tagesordnungspunkt vorlägen und sie für den Neubau eines kommunalen Krankenhauses stimmen werde.

Herr Ressel vermisste Informationen zu abgeschlossenen Projekten und verwies auf die Stadt Offenbach, die einen Neubau mit Kosten i.H.v. 435 Mio. € durchgeführt habe und das Krankenhaus für 1 € an einen privaten Investor verkaufen musste. Er rechne damit, dass der Neubau in Wilhelmshaven mit Kosten von insgesamt 250 – 300 Mio. € verbunden sei, und dass künftig weiterhin rote Zahlen geschrieben würden.

Herr Wiese teilte mit, dass Sanierungsmaßnahmen entgegen seiner ursprünglichen Meinung nicht effektiv seien und hierfür keine Fördermittel vom Land gezahlt würden.

Herr Dr. Schulte wies darauf hin, dass ein Krankenhaus in privater Trägerschaft die gleichen vertraglichen Verpflichtungen zur Daseinsvorsorge wie eine Kommune habe. Es müssten alle Alternativen geprüft werden; dies sei in diesem Fall nicht erfolgt und daher werde er dieser Vorlage nicht zustimmen.

Herr Heinemann brachte folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Punkt 3. / zweiter Absatz der Vorlage ist wie folgt zu ändern:

Darüber hinausgehende Finanzierungsanteile (maximal 91,6 Mio. Euro) werden im städtischen Haushalt veranschlagt und über Gesellschafterdarlehen an die KW gGmbH weitergeleitet. Hierfür erforderliche Darlehensverträge zwischen den externen Darlehensgebern und der Stadt einerseits bzw. der Stadt und der KW gGmbH andererseits sind vom Rat zu genehmigen. Für die extern aufzunehmenden Darlehen gelten folgende Konditionen: Tilgungszeit maximal 30 Jahre, Zinsfestschreibung 20 Jahre, gewichteter Durchschnittszinssatz maximal 2,0 % nominal. Das gesamte Investitionsvolumen wird im Wirtschaftsplan 2018 der KW gGmbH veranschlagt.“

Oberbürgermeister Wagner wies darauf hin, dass der Änderungsantrag obsolet sei, weil die Verwaltung bei der Gewährung von Gesellschafterdarlehen an die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH die Zustimmung des Rates benötige. Zudem würden in den Darlehensverträgen die effektiven Zinssätze aufgeführt werden und die Verwaltung beabsichtige eine Zinsfestschreibung über 30 Jahre.

Herr Dr. von Teichman teilte mit, dass er das Einbringen des Änderungsantrages von Herrn Heinemann im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft am 19.06.2017 begrüßt hätte.

Herr Walpurgis äußerte, dass die Zinssätze unbekannt seien und diese sich jederzeit verändern könnten.

Herr Heinemann machte daraufhin deutlich, dass in der Beschlussvorlage eine Zinsfestschreibung von 20-30 Jahren aufgenommen werden könnte.

Herr Valnion appellierte an die Ratsmitglieder, dass der Grundsatzbeschluss im Vordergrund stünde. Er erklärte, dass sich die Stadt erstmals im Jahr 2020 an der Finanzierung des Klinikumneubaus beteilige und der Änderungsantrag von Herrn Heinemann zur Folge habe, dass sich die Stadt bereits jetzt zu einem Zinssatz i.H.v. 2 % verpflichten müsste. Die Zinsentwicklung sei derzeit nicht absehbar und daher sei eine Zinsfestlegung im Vorfeld nicht zielführend.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, die Verwaltung gehe davon aus, dass ein effektiver Zinssatz unter 2 Prozent erreichbar wäre.

Auf Nachfrage von **Herrn Heinemann** erklärte **Herr Valnion**, dass der Zinssatz derzeit dauerhaft im niedrigen Bereich läge und dass momentan keine Erkenntnisse für eine Steigerung des Zinssatzes vorlägen.

Oberbürgermeister Wagner ergänzte, dass die aktuellen Zinssätze unter 2 Prozent lägen.

Der **Änderungsantrag von Herrn Heinemann** wurde bei 13 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Tönjes sprach sich generell gegen eine Privatisierung und gegen einen Neubau des Klinikums unter den genannten finanziellen Voraussetzungen aus.

Frau Bakir und Ratsvorsitzender Becker sprachen sich dagegen für einen Neubau des Klinikums in kommunaler Hand aus.

Herr Möhle stellte den **Antrag auf Schluss der Debatte**. Diesem wurde bei 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**.

Dem **Antrag auf namentliche Abstimmung** von Frau Breuer wurde mit der **erforderlichen 2/3-Mehrheit zugestimmt**.

Die Abstimmungsergebnisse sind folgendermaßen:

1. Bakir, Nurhayat	Ja
2. Becker, Stefan	Ja
3. Berner-Waindok, Georg	Nein
4. Breuer, Katja	Ja
5. Ehlers, Martin	Nein
6. Glaser, Ursula	Ja
7. Hammadi, Al-Chafia	Ja
8. Harms, Martin	Ja
9. Heide, Christina	Ja
10. Heinemann, Uwe	Enthaltung
11. Hellwig, Stephan	Ja
12. Jacques, Howard	Ja
13. Klinker-Mibert, Dr. Dr., Alfred	Ja
14. Kloster, Antje	Nein
15. Kunze, Michael	Ja
16. Lang, Andreas	Nein

17. Lietzmann, Hans-Jürgen	Ja
18. Marxfeld, Gesche	Ja
19. Möhle, Helmut	Ja
20. Moriße, Thorsten	Ja
21. Moriße-Kappes, Irina	Ja
22. Münkenwarf, Jörg	Ja
23. Preuß, Prof. Dr., Lothar	Ja
24. Reese, Uwe	Ja
25. Ressel, Christian	Nein
26. Schön, Detlef	Ja
27. Schulte, Dr., Günther	Nein
28. Seidel, Sebastian	Enthaltung
29. Stoermer, Kristian	Ja
30. Stomberg, Petra	Nein
31. Tönjes, Andreas	Nein
32. von Teichman, Dr., Michael	Nein
33. Wagner, Andreas	Ja
34. Walpurgis, Frank Uwe	Enthaltung
35. Walzner, Horst Dieter	Nein
36. Wiese, Florian	Ja
37. Zaage, Astrid	Ja

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 10 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen)

Alternative 1:

Der Rat stimmt dem Ersatzneubau des Klinikums in städtischer Trägerschaft auf dem vorhandenen Grundstück an der Friedrich-Paffrath-Straße unter Vorbehalt der Erteilung des Fördermittelbescheides des Landes Niedersachsen inkl. der im Haushalt 2017/18 bereits beschlossenen Vorwegmaßnahmen nach Maßgabe dieses Grundsatzbeschlusses zu.

1. Bauherr wird die KW gGmbH, die auch Adressat des Fördermittelbescheides ist.
2. Die Stadt stellt die für den Neubau erforderlichen Investitionsmittel im Rahmen der jeweils vom Rat zu beschließenden Haushaltspläne der Stadt und Wirtschaftspläne der KW gGmbH als Darlehen zur Verfügung. Für die Vorwegmaßnahmen sind bereits Mittel in Höhe von 15 Mio. € im Doppelhaushalt 2017/2018 veranschlagt, bei der KW gGmbH werden in gleicher Höhe Mittel in einen 1. Nachtragswirtschaftsplan 2017 eingestellt.

Der Investitionsbedarf stellt sich wie folgt dar:

- Baukosten gemäß Förderantragsunterlage Bau	152,1 Mio. €
- Zusätzliche Kosten für einen Hubschrauber- landeplatz auf dem Dach und Verklinkerung der Fassade des Neubaus	4,4 Mio. €
- Vorwegmaßnahmen (im Haushaltsplan 2017/2018 bereits beschlossen)	15,0 Mio. €
Erwartete Investitionssumme	171,5 Mio. €

Risikoaufschlag von ca. 16 % gemäß Empfehlung
der Drees & Sommer Projektmanagement und
bautechnische Beratung GmbH

24,1 Mio. €

195,6 Mio. €

- Die Finanzierung des Neubaus erfolgt zu 99 Mio. € über ein Darlehen der KW gGmbH, bei dem das Land Niedersachsen den kompletten Schuldendienst übernimmt (Zinsen, Tilgungen, Kreditbeschaffungskosten).

Darüber hinausgehende Finanzierungsanteile werden im städtischen Haushalt veranschlagt und über Gesellschafterdarlehen an die KW gGmbH weitergeleitet. Hierfür erforderliche Darlehensverträge zwischen der Stadt und der KW gGmbH sind vom Rat zu genehmigen. Das gesamte Investitionsvolumen wird im Wirtschaftsplan 2018 der KW gGmbH veranschlagt.

- Die Vertreter der Stadt Wilhelmshaven in den Gremien des Eigenbetriebs „Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven“ (Eigenbetrieb RNK) und im Aufsichtsrat der KW gGmbH werden ermächtigt, die zur Umsetzung dieses Grundsatzbeschlusses erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Soweit der Rat sich die Zustimmung zum Abschluss konkreter Verträge (insbesondere Darlehensverträge zwischen der Stadt und der KW gGmbH) vorbehalten hat, sind diese Vorbehalte zu beachten.
- Die bei der KW gGmbH zur Unterstützung des Aufsichtsrates eingerichtete Expertengruppe berichtet dem Rat regelmäßig, mindestens 4 x im Jahr, über den Stand des Neubauvorhabens, insbesondere über die Entwicklung der Baukosten.
- Die Verwaltung wird ermächtigt, eine Übertragung der beim Eigenbetrieb RNK bilanzierten Betriebsgrundstücke des Klinikum Wilhelmshavens, die derzeit an die KW gGmbH vermietet sind, auf die KW gGmbH vorzubereiten. Die Verwaltung hat eine möglichst kostengünstige Übertragung zu

prüfen und auch die Möglichkeit der Einräumung von Erbbaurechten in die Betrachtung einzubeziehen. Eine Entscheidung trifft der Rat auf Vorschlag der Verwaltung.

6.1.3 1. Nachtragswirtschaftsplan 2017 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **181/2017**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 19.06.2017 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 6 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen)

Dem 1. Nachtragswirtschaftsplan 2017 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH (KW gGmbH) wird zugestimmt.

6.1.4 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **204/2017**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 19.06.2017 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 7 Gegenstimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Toni Rech Bauunternehmung GmbH & Co. KG, Peterstr. 25, 26382 Wilhelmshaven	2.342,76 €	Sachspende in Form der Fundament- erstellung für die Neuaufstellung des Kriegerdenkmals 1870/71 in Fedderwarden

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es lagen keine Berichte vor.

8 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

gez. _____

Becker
Ratsvorsitzender

gez. _____

Wagner
Oberbürgermeister

gez. _____

Bönisch
Protokollführer